

Yellen offiziell als Ministerin nominiert

74-Jährige wird erste Frau an Spitze der US-Finanzbehörde

Washington – Janet Yellen wird ihre ganze Erfahrung als Krisenmanagerin benötigen. Als nun offiziell designierte US-Finanzministerin muss die 74-Jährige künftig gegen die dramatischen wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie ankämpfen. Zweifel an ihrer Kompetenz und Eignung gibt es keine: Die angesehene Wirtschaftsexpertin war zwischen 2014 und 2018 die erste Frau an der Spitze der mächtigen US-Notenbank Fed. Jetzt wird sie, eine Bestätigung des Senats vorausgesetzt, als erste US-Finanzministerin Geschichte schreiben.

Es ist die Krönung einer eindrucksvollen Karriere –



Janet Yellen
künftige Finanzministerin

die just durch den abgewählten Präsidenten Donald Trump einen Knick erfahren hatte. Trump hatte Yellen 2018 eine zweite Amtszeit als Fed-Chefin verweigert.

Yellen ist eine Verfechterin einer lockeren Geldpolitik, um Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu fördern. Als „Tauben“ werden

Anhänger dieses Kurses bezeichnet, während „Falken“ für eine striktere Geldpolitik im Kampf gegen mögliche Inflation sind.

In der Corona-Krise warb Yellen zuletzt für mehr Staatshilfen, um die Wirtschaft zu stützen. „Fiskalpolitik spielt jetzt eine sehr wichtige Rolle“, sagte sie kürzlich. „Ich denke, es ist von grundlegender Bedeutung.“

Die USA hatten im Frühjahr mehrere riesige Rettungspakete für die in die Krise gerutschte Wirtschaft aufgelegt. Doch während Experten einschließlich Fed-Chef Powell dringend weitere Hilfen anmahnen, herrscht seit Monaten eine Blockade.

Paris – Nach massivem Protest gegen das umstrittene Sicherheitsgesetz und Polizeigewalt ist die Regierungsmehrheit in Frankreich eingeknickt. Die Regierungsfractionen im Unterhaus des Parlaments kündigten am Montag nach einer Krisensitzung im Élyséeapalast in Paris an, dass sie einen besonders scharf kritisierten Artikel des Sicherheitsgesetzes neu formulieren wollen. Dieser Artikel soll die Veröffentlichung von Aufnahmen von Polizeieinsätzen einschränken. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hatte zuvor die Regierung ungewöhnlich scharf dazu aufgefordert, Vorschläge zu unterbreiten,

Macron in der Krise

Regierung beugt sich und ändert Polizei-Sicherheitsgesetz



Emmanuel Macron
Frankreichs Präsident

um das Vertrauensverhältnis zwischen der Polizei und den Menschen im Land wiederherzustellen.

„Wir werden eine vollständige Neufassung von Artikel 24 vorschlagen“, sagte Christophe Castaner, der Fraktionschef der Präsidentenpartei La République en Marche (LREM) in der Nationalver-

sammlung, nach dem Treffen mit Macron. Dieser hatte übereinstimmenden Berichten zufolge zuvor Premierminister Jean Castex, den Innen- und Justizminister sowie die Fraktionsführer der Mehrheitsfraktionen im Élyséeapalast empfangen.

Am Wochenende gingen landesweit mehr als 100 000 Menschen auf die Straße – sie demonstrierten unter anderem gegen das Sicherheitsgesetz. Der Gesetzentwurf soll der Regierung zufolge eigentlich die Polizei besser schützen. Kritiker sehen jedoch die Pressefreiheit in Gefahr. Videos von aggressiven Polizeieinsätzen im Netz heizten die Debatte zusätzlich an.

IN KÜRZE

„NSU-Opfer“: Anwalt freigesprochen

Das Landgericht Aachen hat den Anwalt eines erfundenen NSU-Opfers vom Vorwurf des Betrugs freigesprochen. Die Kammer habe keinen vorsätzlichen Betrug feststellen können, sagte die Vorsitzende Richterin der neunten großen Strafkammer. Der Anwalt habe „so ziemlich gegen alle anwaltlichen Sorgfaltspflichten verstoßen“ – es gelte aber der Grundsatz „im Zweifel für den Angeklagten“. Der Anwalt aus Eschweiler bei Aachen war im Münchner NSU-Prozess im Namen eines Opfers des Nagelbombenanschlags der Rechtsterroristen in der Kölner Keupstraße aufgetreten – das vermeintliche Opfer gab es jedoch gar nicht.

„Ohne Schengen scheitert Europa“

Der kontrollfreie Schengen-Raum in Europa muss nach Ansicht von EU-Kommissionchefin Ursula von der Leyen stärker geschützt werden. Die unkoordinierten Grenzschließungen zu Beginn der Corona-Krise hätten gezeigt, dass Europa zum Stillstand komme, wenn Schengen nicht funktioniere, sagte von der Leyen zu Beginn eines Schen-

gen-Forums mit Innenministern europäischer Staaten sowie Vertretern des Europaparlaments. Schengen sei „zu kostbar für uns alle. Wir werden nicht zulassen, dass es scheitert.“

Das Datum

1. Dezember 1925 – Europäische Staaten unterzeichnen in London die Locarno-Verträge. Sie galten als entscheidender Schritt zur Friedensicherung in Europa und beendeten die außenpolitische Isolation Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg.

abhängigen Kommission empfohlene Anhebung des Rundfunkbeitrags beschlossen, nur Sachsen-Anhalt enthielt sich damals. Im Sommer unterschrieb Haseloff dann den Vertrag, um den Weg für die Befassung der Parlamente frei zu machen. Ob die CDU-Landtagsfraktion Haseloff, der erklärter Gegner einer Zusammenarbeit mit der AfD ist, nun doch noch folgt, scheint bislang wenig wahrscheinlich.

Sowohl die CDU als auch ihre Koalitionspartner berufen sich vor der Abstimmung auf den Koalitionsvertrag, in dem Beitragsstabilität vereinbart worden sei. Dies schließt auch einen Ausgleich für gestiegene Kosten ein, argumentieren die Grünen. Die Christdemokraten verstehen darunter hingegen einen stagnierenden Beitrag. Hinter den Kulissen wird an möglichen Kompromisslösungen gearbeitet.

Der Streit hat längst auch die Bundespolitik erreicht. Die CDU steht nach dem Fall Kemmerich einmal mehr unter Druck, sich klar von der AfD abzugrenzen. SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil forderte ein Eingreifen der CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer: „Die CDU spielt mal wieder mit dem Feuer und bereitet wenige Monate nach der Schande von Thüringen nun in Sachsen-Anhalt die nächste Kooperation mit der AfD vor.“

Der Streit hat längst auch die Bundespolitik erreicht. Die CDU steht nach dem Fall Kemmerich einmal mehr unter Druck, sich klar von der AfD abzugrenzen. SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil forderte ein Eingreifen der CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer: „Die CDU spielt mal wieder mit dem Feuer und bereitet wenige Monate nach der Schande von Thüringen nun in Sachsen-Anhalt die nächste Kooperation mit der AfD vor.“

Auf sieben Seiten finden sich sensationelle Aussagen über Frauen, die komplexe Situationen „besser sehen“ und „schneller reagieren“ könnten. Er warnt aber davor, sie zu klerikalisieren und auf „Funktionen“ zu reduzieren. Kein Weiheamt also. Als Erzbischof wie als Papst hat er Frauen in hohe Positionen gebracht. Zählt das? Oder nur die Weigerung, Weiheämter für Frauen zu öffnen?

Mit 17 hat man noch Träume. Mit über 80? Papst Franziskus wird demnächst 84. Abfinden will er sich mit der „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ nicht. „Mit Zuversicht aus der Krise“, lautet der Untertitel des Buches, das ab 4. Dezember im Handel ist.

GEZ: Kenia-Koalition vor dem Aus?



Gerd Mannes
Vize-Chef der AfD in Bayern

Bayerns AfD-Vize kritisiert Meuthen-Rede

München – Nach der aufsehenerregenden Rede von AfD-Chef Jörg Meuthen beim Parteitag in NRW rührt sich im bayerischen Landesverband zaghafte Kritik. „Ich hätte die Rede so nicht gehalten“, sagte der stellvertretende AfD-Vorsitzende Gerd Mannes unserer Zeitung. Statt den politischen Gegner zu kritisieren, habe Meuthen nur nach innen ausgeteilt. „Mir hat da die Balance gefehlt.“ So sei der Begriff „Corona-Diktatur“ zwar polarisierend, aber im Rahmen der politischen Auseinandersetzung „gar nicht so problematisch“. Mannes, der auch im Landtag sitzt und als Delegierter in NRW war, zählt zum vergleichsweise gemäßigten AfD-Flügel. Meuthen hatte die Radikalen in der Partei angegriffen und das Bündnis mit den „Querdenkern“ kritisiert. Dass der Parteitag insgesamt ohne Komplikationen verlief, deutet Mannes positiv. „Wir haben gesehen, dass ein Parteitag mit einem guten Hygienekonzept stattfinden kann“, sagte er. Umso unverständlicher sei es, dass der Landesparteitag in Greding verboten wurde. mmä

Selten waren 86 Cent von solcher Symbolkraft: Der emotionale Streit um die Erhöhung der GEZ-Beiträge könnte in Sachsen-Anhalt sogar zu einem Bruch der Koalition führen.

Magdeburg – Ein gutes halbes Jahr vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt steht die Kenia-Koalition von Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) vor einer Zerreißprobe. Knackpunkt ist die bevorstehende Landtagsabstimmung über den Medienänderungsstaatsvertrag, dessen Kern die Anhebung des Rundfunkbeitrags ist. Die CDU-Fraktion kündigte ebenso wie die AfD an, dies abzulehnen. Die Koalitionspartner SPD und Grüne warnen die Christdemokraten davor, damit die Koalition aufs Spiel zu setzen.

Am Mittwoch befasste sich der Medienausschuss des Magdeburger Landtags mit dem Staatsvertrag. Das Gremium soll eine Empfehlung für das Parlament erarbeiten, das Mitte Dezember über die Anhebung der Rundfunkgebühren abstimmen will.

Sollte dies am gemeinsamen Veto von CDU und AfD scheitern – SPD, Grüne und Linke wollen zustimmen – hätte dies drastische Folgen. Zum einen könnte damit die zum 1. Januar geplante Anhebung des Rundfunkbeitrags um 86 Cent auf 18,36 Euro nicht umgesetzt werden, weil



Schwierige Zeiten für Schwarz-Rot-Grün: Reiner Haseloff im Landtag. FOTO: HARTMANN/WDA-ARCHIV

dies die Zustimmung aller Länderparlamente voraussetzt. Den öffentlich-rechtlichen Sendern würden wichtige Einnahmen entgehen.

Zum anderen droht dem schwarz-rot-grünen Regierungsbündnis der Bruch. „Wir gehen davon aus, dass Haseloff ein hohes Interesse hat, die Koalition am Leben zu erhalten“, erklärt SPD-Landeschef Andreas Schmidt. Der Ministerpräsident müsse „den Schlamassel aufräumen“. Ansonsten droht der SPD zufolge

der Bundesrepublik eine Debatte, die mit der Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich in Thüringen zu vergleichen sei.

Kemmerich war zu Jahresbeginn mit den Stimmen von CDU und AfD zum Ministerpräsidenten gewählt worden, was Thüringen in eine Regierungskrise stürzte. Nach wenigen Tagen beugte er sich dem Druck und trat zurück.

Auch Sachsen-Anhalts Grüne warnen die CDU, sie zerstöre das Fundament der Koalition

als „Bollwerk gegen rechts“, wenn sie gemeinsame Sache mit der AfD mache. Die CDU müsse sich entscheiden, „ob sie das Bündnis der Stabilität in der politischen Mitte fortsetzen möchte“, erklärt der Landesvorstand. „Nicht weniger steht in den nächsten Wochen auf dem Spiel.“ Angesichts der angespannten Stimmung will sich heute der Koalitionsausschuss treffen.

Im März hatten die Ministerpräsidenten die von einer un-

KOLUMNE



Die Träume des Franziskus

VON DR. ANDREAS R. BATLOGG SJ

Papst Franziskus ist überzeugt: Die Welt kann aus der Corona-Krise mit einer besseren Zukunft herauskommen. Darüber schreibt er in seinem Buch „Wage zu träumen“. Der ehemalige Herausgeber und Chefredakteur der Kulturzeitschrift „Stimmen der Zeit“, Jesuitenpater Andreas Batlogg, hat es für uns gelesen.

men Uiguren“, geht auf die #MeToo-Bewegung ein, er kommt auf die Tötung des Afroamerikaners George Floyd bei einer Polizeikon-trolle in den USA zu sprechen. „Wir müssen unsere Wirtschaft neu entwerfen, sodass sie jedem Menschen Zugang zu einem Leben in Würde gibt und gleichzeitig die Natur schützt und regeneriert“. Plastikmüll in den Meeren wird mit der „ökologischen Bekehrung“ ver-

knüpft. Die Vergiftung von Flüssen und die Zerstörung des Regenwaldes kommen in ein und demselben Satz vor wie Abtreibung, Euthanasie und Todesstrafe. Man muss kein Prophet sein, um sich auszumalen, aus welcher Richtung Proteststürme erfolgen werden.

Auch innerkirchlich wird dieses Buch fraglos Kritik hervorrufen von Kreisen, die Franziskus jegliche theologische Kompetenz absprechen.

„Wage zu träumen“: Das klingt wie ein Titel aus der Lebenshilfsliteratur. Ist Papst Franziskus jetzt unter die Träumer gegangen? Wer Träumer mit Spinnern oder Utopisten gleichsetzt, verpasst etwas! Denn es ist vielleicht das persönlichste Buch, das der Bischof von Rom bisher veröffentlicht hat: direkt, verblüffend ehrlich, authentisch, selbstkritisch, visionär, politisch brisant, getragen von einer schier unzerstörbaren (Glaubens-)Zuversicht. Und die überzeugt!

Man nimmt Franziskus ab, was er schreibt. Und vor allem: Wie er dies tut, auch wenn seine Beobachtungen und Wahrnehmungen als penetrant empfunden (nach außen) als Sticheleien, Einmischung, Anmaßung oder (nach innen) als Nestbeschmutzung gedeutet werden können. Man hört ihn aus jeder einzelnen Seite heraus reden. Er wendet sich direkt an seine Leser – eine packende Lektüre.

Man wird das Gefühl nicht los: Das also könnte auch Kirche sein – eine Akteurin, die

mithalten kann mit den großen Thinktanks, eine visionäre Vordenkerin, eine solidarische Gemeinschaft, die um den Einzelnen besorgt ist, besonders um die Verlierer der Modernisierungsprozesse. Eine Kirche also, die da ist für die Menschen und sich einsetzt, besonders für diejenigen, die am Rand stehen oder an den Rand gedrängt wurden. All das traut man der römisch-katholischen Kirche angesichts permanenter Skandalmeldungen – längst nicht nur in Sachen Missbrauch – eigentlich nicht zu.

Diesem Papst jedoch schon. Dabei hat man keineswegs unverbindliche „päpstliche Plaudereien“ vor sich. Seine Überlegungen sind weder spirituelle Erbaulichkeit noch seichte Phrasendrescherei, wie man sie aus kirchlichen Führungsetagen auch kennt. Hier hat man, ausgelöst durch die Corona-Krise, die Vision einer anderen Welt vor sich: Wie es auch sein könnte, verbunden mit der Hoffnung, dass es künftig anders laufen wird. Er verurteilt die Verfolgung der „ar-

Moskau wirft Berlin Desinformation vor

Im Streit um den Giftnachschlag auf Kreml-Kritiker Alexej Nawalny hat Russland erneut Vorwürfe gegen die Bundesregierung erhoben. Deutschland und seine Verbündeten wollten die „sogenannte Vergiftung“ nutzen, um Russland mithilfe der Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OPCW) politisch sowie mit Sanktionen unter Druck zu setzen, heißt es in einem Statement. Mit der Forderung nach einer Untersuchung durch die OPCW habe es „eine massive Desinformationskampagne gegen Russland entfesselt“.

Bundestag rüstet Wohnungen nach

Der Bundestag hat die privaten Wohnungen und Häuser von fast hundert Abgeordneten mit Sicherheitstechnik ausgestattet. Eine Sprecherin des Parlaments bestätigte gestern in Berlin einen entsprechenden Bericht des Magazins „Business Insider“. Demnach bezahlte das Parlament in dieser Legislaturperiode insgesamt 93 Abgeordneten aller Fraktionen solche Sicherheitsmaßnahmen an ihrem privaten Wohnsitz. Den betroffenen Parlamentariern stehe gemäß einem Beschluss des Ältestenrats auf Antrag einmalig ein Betrag von 19 000 Euro zu.